

Abstimmung – VoteFür den Antrag auf Diskussion
Dagegen52 Stimmen
54 Stimmen

91.3300

**Interpellation Loeb François
Sparmassnahmen
bei DRS2/Espace2/Rete2
DRS2/Espace2/Rete2.
Mesures d'économie****Wortlaut der Interpellation vom 19. September 1991**

Vor wenigen Tagen wurde eine von über 30 000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete Petition eingereicht, welche auf die Bedeutung der Kultur am Radio hinweist. Im Zusammenhang mit der Einreichung dieser Petition wurde bekannt, dass bei DRS2, Espace2, Rete2 die Einsparungen gegenüber den ersten und dritten Senderketten überproportional durchgeführt werden sollen.

Ich frage den Bundesrat an:

1. Trifft diese Information zu, und ist er nicht auch der Ansicht, dass mit zunehmender europäischer Integration gerade der Kultur in unserem Lande eine immer wesentlichere Rolle bei der Identitätsbeibehaltung zukommt, welche unter anderem von den zweiten Senderketten der drei Radios mitgetragen wird?

2. Ist es, sofern die Information über den überproportionalen Sparauftrag zutrifft, nicht kontraproduktiv, einen solchen massiven Abbau bei den Kulturradios durchzuführen?

3. Besteht nicht die Gefahr, dass strategische Erfolgspositionen durch diesen Abbau unwiderruflich verlorengehen (z. B. Radio-Symphonieorchester usw.) und später nur mit grossem staatlichem Finanzierungsaufwand wieder, wenn überhaupt, aufgebaut werden können?

4. Verliert die Schweiz durch die vorgesehene Reduktion nicht auch die Möglichkeit, in benachbarten Ländern mittels Präsentation von Kulturleistungen und kultureller Eigenart auf die spezielle Situation unseres Landes hinzuweisen (vier Sprachen, vier Kulturen)?

5. Bestünde nicht die Möglichkeit – soll der überproportionale Abbau bei den Kulturradios durchgeführt werden –, aus Bundesmitteln des Bundesamtes für Kultur zum Beispiel das Radio-Symphonieorchester direkt zu unterstützen?

6. Bestünden eventuell andere Möglichkeiten, um zu verhindern, dass das anerkannt hohe Niveau der zweiten Senderkette verlorengeht?

7. Nach mir vorliegenden Informationen sollen die administrativen Dienste der SRG im Budgetentwurf nochmals aufgestockt werden, dagegen soll bei den Programmschaffenden, insbesondere in der zweiten Senderkette, ein Abbau stattfinden. Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dass es kaum Sinn macht, die administrativen Dienste zu erhöhen und an der Front abzubauen? Sollte der Bundesrat nicht Einfluss darauf nehmen, dass die zu grossen administrativen Dienste der SRG reduziert werden, um die dadurch freierwerdenden Mittel in das Programmschaffen einfließen zu lassen?

Texte de l'interpellation du 19 septembre 1991

Il y a quelques jours, une pétition soulignant l'importance de la culture à la radio et signée par plus de 30 000 citoyennes et citoyens a été déposée à Berne. On apprenait en même temps que DRS2, Espace2 et Rete2 doivent effectuer des économies proportionnellement supérieures à celles que doivent réaliser les premiers et troisièmes programmes.

Je demande au Conseil fédéral:

1. Si ces informations sont exactes et s'il n'est pas aussi d'avis qu'avec l'intégration européenne, la culture de notre pays, qui

est notamment véhiculée par les deuxièmes programmes des trois radios, joue un rôle essentiel pour préserver notre identité?

2. N'est-il pas contreproductif, pour autant que ces informations se révèlent exactes, d'effectuer de pareilles économies au sein des radios culturelles?

3. Ne risque-t-on pas, avec de telles économies, de perdre irrévocablement des atouts stratégiques (tels que l'Orchestre symphonique de la radio) qui ne pourront être plus tard, si tant est, reconquis qu'à l'aide d'importantes subventions de l'Etat?

4. La Suisse ne perd-elle pas, avec cette réduction, la possibilité de présenter la spécificité de notre pays (quatre langues, quatre cultures) aux pays voisins par diffusion d'émissions culturelles?

5. Ne serait-il pas possible – si ces économies devaient être réalisées – que l'Office fédéral de la culture apporte directement son soutien financier à l'Orchestre symphonique de la radio?

6. Y aurait-il éventuellement d'autres possibilités d'éviter une baisse du bon niveau culturel des deuxièmes programmes?

7. D'après les informations dont je dispose, le budget prévoit d'augmenter encore les services administratifs de la SSR et de diminuer le nombre des personnes chargées de la réalisation des émissions, en particulier dans les deuxièmes programmes. Le Conseil fédéral n'est-il pas aussi d'avis qu'il est un peu absurde d'augmenter les services administratifs et de réduire les effectifs au front? Le Conseil fédéral ne devrait-il pas faire pression afin que les services administratifs trop importants de la SSR soient réduits, ce qui permettrait d'affecter les moyens devenus ainsi disponibles à la réalisation des émissions?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 30. Oktober 1991

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 30 octobre 1991*

1. Der Bundesrat ist sich der Wichtigkeit der Radioprogramme – und insbesondere der Programme der zweiten Senderketten – für die nationale Identifikation und die Förderung kultureller Werte bewusst.

Die SRG sieht sich tatsächlich dazu gezwungen, für das Jahr 1992 Sparmassnahmen zu ergreifen, welche die meisten ihrer Abteilungen berühren. So bedauerlich er sein mag, obliegt der Entscheid über die erforderlichen Sparmassnahmen allein der SRG. Besondere Anstrengungen werden von den zweiten Programmen der drei sprachregionalen Radioketten verlangt. Nach Ansicht der SRG treffen diese Vorkehrungen die zweiten Senderketten vergleichsweise stärker als die anderen Programme.

2./3. Die geplanten Sparmassnahmen lassen allerdings nicht auf die Absicht der SRG schliessen, sich von ihrem Auftrag zu entfernen – selbst wenn sie gegenwärtig ihre Leistungen einschränken muss. Dieser Leistungsauftrag besteht unter anderem darin, zur kulturellen Entwicklung der Zuhörer und Zuschauer beizutragen. Freilich steht es allein der SRG zu, über die Verteilung der ihr zur Verfügung stehenden (beschränkten) finanziellen Mittel auf ihre verschiedenen Abteilungen zu entscheiden. Desgleichen fällt es in ihren Zuständigkeitsbereich, die Prioritäten bei der Zusammenstellung ihrer Programme zu setzen und nötigenfalls Sendungen gegeneinander abzuwägen, die hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kosten und Hörer-Reichweiten unterschiedlich abschneiden.

4. Im kulturellen Bereich nimmt die SRG mit ihren Radio- und Fernsehprogrammen eine zentrale, vielseitige Rolle ein. Die zahlreichen Aktivitäten, welche die verschiedenen Programmketten entwickeln, sowie die Beachtung, welche einigen dieser Programme (z. B. Schweizer Radio International, TV5 und 3Sat, die von der Eidgenossenschaft unterstützt werden) im Ausland geschenkt wird, wirken der vom Interpellanten beschriebenen Gefahr entgegen, dass die Schweiz die Möglich-

keit zur Darstellung ihrer kulturellen Eigenart im Ausland verlieren könnte.

5. Der vorgesehene Kulturförderungsartikel der Bundesverfassung (Art. 27 septies BV) sollte eine Fortsetzung oder gar den Ausbau der Investitionspolitik im Bereich der kulturellen Produktion, wie sie die SRG seit jeher betreibt, ermöglichen. Was den in der Interpellation erwähnten Fall betrifft, dürfte die genannte Bestimmung möglicherweise auch die Grundlage für eine Unterstützung der Radio-Symphonieorchester bieten.

6. Es bleibt anzufügen, dass die SRG ab Inkrafttreten des Radio- und Fernsehgesetzes und der entsprechenden Vollzugsverordnung Sponsoring am Radio wird betreiben können. Diese neue Finanzierungsform dürfte dazu beitragen, den hohen kulturellen Standard der Programme beizubehalten.

7. Die SRG unternimmt gegenwärtig Anstrengungen, um das Erscheinungsbild der verschiedenen Senderketten zu verbessern und den Bekanntheitsgrad ihrer Sendungen – als Voraussetzung für ihren Erfolg – zu steigern. Diese Massnahmen bedingen eine Umverteilung der Aufgaben innerhalb der Verwaltung sowie die Verschiebung einzelner Arbeitsstellen. Nach Ansicht der SRG sollte diese Operation jedoch nicht zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates führen.

Präsident: Der Interpellant beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	offensichtliche Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Verschoben – Renvoyé

91.3269

Interpellation (Günter-)Weder Hansjürg

Sicherheit von AKW.

Informationslücken

Sécurité des centrales nucléaires.

Défaut d'information

Wortlaut der Interpellation vom 16. September 1991

Gegenüber einem Lokalradio erklärte Serge Prêtre, Chef der Abteilung Strahlenschutz, er habe immer gesagt, dass die schweizerischen Kernkraftwerke im Kriegsfall nicht geschützt seien. Er habe deshalb immer dafür plädiert, Kernkraftwerke unterirdisch anzulegen. Er habe dies allerdings bisher nicht öffentlich gesagt, aber die zuständigen Behörden informiert.

Für die Öffentlichkeit ist die Tatsache, dass Kernkraftwerke im Krisenfall nicht rechtzeitig abgestellt und abgekühlt werden können, relativ neu. Sie wurde erst bekannt, als sich Serge Prêtre in der Kommission «Sicherheitsbericht» entsprechend äusserte und ich einen Vorstoss zu diesem Thema einreichte. Nun wird zusätzlich bekannt, dass Serge Prêtre die zuständigen Behörden über seine Befürchtungen orientierte. Ich frage daher den Bundesrat:

1. Stimmt es, dass Serge Prêtre die zuständigen Amtsstellen über seine Erkenntnisse informiert hat? Welche Amtsstellen wurden informiert? Wurde der Bundesrat oder der zuständige Departementschef orientiert?

2. Wenn der Bundesrat orientiert wurde:

– Weshalb hat der Bundesrat nie etwas unternommen und weder Parlament noch Öffentlichkeit orientiert? Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass der Souverän alle relevanten Fakten kennen muss, wenn er zum Beispiel energiepolitische Entscheide fällen sollte?

– Wenn wir einen bewaffneten Konflikt immerhin für so möglich halten, dass wir eine Armee unterhalten, wie kann es der Bundesrat zulassen, dass ein Gefahrenpotential besteht, das im Konfliktfall Verteidigungsanstrengungen weitgehend illusorisch machen würde?

3. Wenn der Bundesrat nicht orientiert wurde:

– Wer hat entschieden, der Bundesrat sei nicht zu informieren? Ist es verantwortbar, dass bei einem wichtigen sicherheitspolitischen Problem der Bundesrat nicht informiert wird, obwohl er in der fraglichen Zeit bedeutende energiepolitische und sicherheitspolitische Entscheide zu fällen hatte?

– Was gedenkt der Bundesrat zur materiellen Lösung des Problems und zur Information der Öffentlichkeit zu unternehmen, nachdem er nun durch Radio und Zeitungen darüber informiert wurde, was die Verwaltung tut und denkt?

Texte de l'interpellation du 16 septembre 1991

M. Serge Prêtre, chef de la Division de la radioprotection, a déclaré à une radio locale qu'il avait toujours dit que les centrales nucléaires suisses n'étaient pas protégées en cas de guerre. C'est pourquoi il n'avait cessé de plaider pour la construction de centrales nucléaires souterraines. S'il n'avait fait aucune déclaration de ce genre en public, il en avait néanmoins informé les autorités compétentes.

Ce n'est que récemment que le public a appris qu'en cas de crise les centrales nucléaires ne peuvent pas être arrêtées et refroidies à temps. Ce fait n'a été rendu public que lorsque Monsieur Serge Prêtre s'est prononcé sur le sujet au sein de la Commission «Rapport de sécurité» et que j'ai déposé une intervention s'y rapportant. Et on apprend aujourd'hui que Monsieur Serge Prêtre avait fait part de ses craintes aux autorités compétentes.

C'est pourquoi je pose les questions suivantes au Conseil fédéral:

1. Est-il exact que M. Prêtre a communiqué les informations dont il disposait aux services compétents? Quels services ont été informés? Le Conseil fédéral ou le chef de département responsable ont-ils été mis au courant?

2. Si le Conseil fédéral a été mis au courant:

– Pourquoi le Conseil fédéral n'a-t-il jamais rien entrepris et pourquoi n'a-t-il informé ni le Parlement ni le public? Le Conseil fédéral n'est-il pas également d'avis que le souverain doit connaître toutes les données pertinentes pour prendre des décisions qui relèvent par exemple de la politique énergétique?

– Si un conflit armé nous semble probable au point qu'il nous faille entretenir une armée, comment le Conseil fédéral peut-il tolérer l'existence d'un danger potentiel qui, si un conflit venait à éclater, rendrait pour ainsi dire illusoire tout effort de défense?

3. Si le Conseil fédéral n'a pas été tenu au courant:

– Qui a décidé qu'il ne fallait pas informer le Conseil fédéral? Est-il acceptable que le Conseil fédéral n'ait pas été informé de l'existence d'un grave problème en matière de sécurité alors qu'il avait dû à la même époque prendre d'importantes décisions en matière de politique énergétique et de sécurité?

– Que pense entreprendre le Conseil fédéral pour résoudre le problème quant au fond et pour mieux informer le public, après avoir dû apprendre par la radio et par la presse ce que fait et pense l'administration?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Dünki, Grendelmeier, Jaeger, Maeder, Meier Samuel, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Zwygart (8)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 25. November 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 25 novembre 1991

Serge Prêtre kam im Jahre 1972 zur Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK). Früher arbeitete er während mehreren Jahren für das Militärdepartement, für welches er insbesondere den Schutz gegen moderne und unkonventionelle Waffen untersuchte. Er war aktiv an den Studien der optimierten Schutzbautechnik beteiligt. Gestützt auf diese Erfahrungen war er der Meinung, man solle die unterirdische Bauweise für Kernkraftwerke in Betracht ziehen.

Interpellation Loeb François Sparmassnahmen bei DRS2/Espace2/Rete2

Interpellation Loeb François DRS2/Espace2/Rete2. Mesures d'économie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3300
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2526-2527
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 772

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.